

Anhang 3

zu „Die Bundestagswahl 2005“ von Tristan Abromeit / Juli 2005

	Seite
1. Der Hamburger Appell	1
2. Die Unterzeichner	4
3. Dr. Wozniowski und der Karlsruher Appell	10
4. Anmerkungen von Helmut Creutz	12
5. Lob und Tadel für die Unterzeichner des Hamburger Appells von Tristan Abromeit	13 - 18

Original unter <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IWK/apell.pdf>

Prof. Dr. Michael Funke, Universität Hamburg

Prof. Dr. Bernd Lücke, Universität Hamburg

Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Universität Hamburg und

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut HWWI

Hamburger Appell

Die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland wird verstärkt von Vorstellungen geprägt, die einen erschreckenden Mangel an ökonomischem Sachverstand erkennen lassen. Dies ist um so besorgniserregender, als Deutschland sich in einer tiefen, strukturellen Krise befindet, die drastische und schmerzhaft Reformen verlangt. Gerade in Vorwahlkampfzeiten scheint die Bereitschaft gering, diese Tatsache den Bürgern mit der gebotenen Deutlichkeit vor Augen zu führen.

Statt dessen erliegen maßgebliche Politiker der Versuchung, wissenschaftlich nicht fundierte Konzepte zu propagieren, die das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden sollen: Durch geeignete Maßnahmen, so wird suggeriert, könne eine Erhöhung der Binnennachfrage erreicht werden, die eine Überwindung der strukturellen Wachstumsschwäche nach sich ziehen würde.

Diese Vorstellung ist falsch und gefährlich. Als Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre warnen wir eindringlich davor, Illusionen zu erzeugen und damit die Akzeptanz notwendiger Reformen zu untergraben. Wir appellieren an das Verantwortungsbewusstsein der gewählten Volksvertreter, der Versuchung einfacher Lösungen zu widerstehen und statt dessen ungeschönte Antworten auf die drängenden ökonomischen Fragestellungen zu geben. Insbesondere sollten dabei die folgenden Punkte beachtet werden:

1. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist eine bedeutende und komplex strukturierte ökonomische Größe, die sich einer nachhaltigen Steuerung weitestgehend entzieht. Schon die starken internationalen Verflechtungen der Bundesrepublik Deutschland führen dazu, dass die Nachfrage der Deutschen keineswegs überwiegend Nachfrage nach deutschen Produkten sein muss - eine Vielzahl von Produkten ist ausländischer Herkunft oder enthält bedeutende ausländische Vorleistungsanteile. Dazu kommt, dass alle erwirtschafteten Einkommen, Lohneinkommen genauso wie Gewinneinkommen, Nachfragewirkungen entfalten; selbst Ersparnisse finanzieren stets die Nachfrage eines Kreditnehmers. Ein Eingriff zugunsten einer bestimmten Form von Nachfrage hat daher in erster Linie Umschichtungen zwischen Konsum, Investitionen und Staatsnachfrage zur Folge. Dies stört die Struktur der Gesamtnachfrage, führt aber kaum zu ihrer Erhöhung.

2. Gleichwohl ist die Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen wichtig. Sie wird geprägt durch deren Qualität, Innovativität und nicht zuletzt durch deren Preis. Diese Bestimmungsgründe der Nachfrage entziehen sich jedoch dem unmittelbaren Einfluss staatlicher Wirtschaftspolitik. Sie sind vielmehr geprägt durch die Qualifikation der Arbeitnehmer, durch die Modernität der Maschinen, durch Forschung und Entwicklung und die Kosten der Produktion.

3. Deshalb sind die Arbeitskosten ein Schlüssel zur Überwindung der deutschen Wachstumsschwäche. Wer behauptet, Deutschland könne und müsse ein Hochlohnland bleiben, handelt unredlich oder ignorant. Millionen von überwiegend gering qualifizierten Arbeitslosen finden seit Jahrzehnten zu den herrschenden Löhnen keine Beschäftigung - mit ungebrochen steigender Tendenz. Diese anhaltend hohe Arbeitslosigkeit verursacht gravierende soziale und wirtschaftliche Lasten, die die krisenhafte Entwicklung noch verstärken. Überdies wird die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und Asien zukünftig vermehrt auch mittlere bis hohe Qualifikationsprofile des deutschen Arbeitsmarktes erfassen und zumindest zu äußerster Lohnzurückhaltung nötigen. Gleichwohl ist festzuhalten, dass das Versagen der Tarifparteien in den letzten Jahrzehnten vor allem zu Lasten der Geringqualifizierten ging. Die unangenehme Wahrheit besteht deshalb darin, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur durch niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden, also durch eine verstärkte Lohnspreizung, möglich sein wird. Eine Abfederung dieser Entwicklung ist durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft möglich.

4. Eine Kompensation der Geringverdienenden durch den Sozialstaat ist in gewissem Umfang möglich. Aber dafür muss die Sozialpolitik von Lohnersatzleistungen zu Lohnzuschüssen wechseln. Das deutsche System der Lohnersatzleistungen von der Sozialhilfe über das Arbeitslosengeld bis zur subventionierten Frührente erzeugt Lohnansprüche, die der Markt nicht mehr befriedigen kann. Gegen die Kräfte der Globalisierung kann der Sozialstaat nur verteidigt werden, wenn er nicht mehr als Konkurrent der privaten Wirtschaft auf dem Arbeitsmarkt, sondern als Partner agiert. Das System der aktivierenden Sozialhilfe zeigt einen praktikablen Weg.

5. Zu den Bedingungen wirtschaftlichen Erfolgs gehören Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge, Gebäude und andere wirtschaftliche Anlagegüter. Investitionstätigkeit ist mit erheblichen Risiken verbunden - Investitionen erfolgen daher nur, wenn den Verlustrisiken attraktive Gewinnmöglichkeiten gegenüberstehen. Hohe Arbeitskosten und hohe Steuerlasten mindern unternehmerische Gewinne und damit unmittelbar die Investitionsbereitschaft. Klassenkämpferische Rhetorik tut ein Übriges, um Investitionen zugunsten anderer Standorte zu ver-

drängen. Umgekehrt schaffen Investitionen nicht nur Arbeitsplätze in den investierenden Betrieben. Sie sichern auch Beschäftigung im investitionsgüterproduzierenden Gewerbe und mindern den Lohndruck auf dem Arbeitsmarkt.

6. Investitionen sind langfristige Entscheidungen, die nicht nur die heutigen, sondern auch zukünftige steuerliche Belastungen berücksichtigen müssen. Die unkontrolliert wachsende Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland wird zu Recht als zukünftig anstehende Steuerbelastung wahrgenommen. Dasselbe gilt für die unterfinanziert wachsenden Zahlungsverpflichtungen der sozialen Sicherungssysteme. Deshalb schadet den deutschen Interessen, wer auf nationaler oder europäischer Ebene Anreize zur Konsolidierung der Staatsfinanzen untergräbt. Jede Ausdehnung der Staatsverschuldung schwächt die Binnenkonjunktur, weil strukturelle Ungleichgewichte verschärft statt kuriert werden, so dass Bürger und Unternehmen mit gesteigerter Vorsicht wirtschaften müssen. Das kaufkrafttheoretische Argument, in einer wirtschaftlichen Stagnation dürfe man sich nicht "kaputtsparen", ist bequem, aber falsch.

7. Deshalb muss eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik streng stabilitätsorientiert sein. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen erfordert weitreichende Einschnitte in allen Bereichen der öffentlichen Ausgaben. Davon können auch die sozialen Sicherungssysteme nicht ausgenommen bleiben. Wer Gegenteiliges behauptet, wird den wirtschaftlichen Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht oder führt in populistischer Weise die Bürger in die Irre. Dasselbe gilt für Reformvorschläge für die Sozialversicherungssysteme, die beanspruchen, die Finanzierung der Leistungen zu sichern, indem die Anzahl der Beitragszahler in demselben Maße erhöht wird wie die Anzahl der Anspruchsberechtigten.

8. Bildung und Ausbildung der Deutschen sind wichtige Standortfaktoren, die zunehmend in die Kritik geraten. In der Tat sind ernstzunehmende Defizite unübersehbar und münden schnell in den Ruf nach verbesserter Mittelausstattung im Bildungswesen. Dabei wird oft übersehen, dass große Fortschritte allein durch vermehrten Ansporn zu Fleiß, Wissbegier und strenger Leistungsorientierung erzielt werden könnten. Darüber hinaus wäre eine Umorientierung der höheren Berufsausbildung weg von verwaltenden und hin zu technischen, Ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Ausbildungsgängen für die wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven Deutschlands sicherlich ratsam.

9. Ähnlich verhält es sich mit Forschung und Entwicklungstätigkeiten, in denen Deutschland seine einst führende Stellung in vielen Bereichen eingebüßt hat. Auch hier liegt weniger ein finanzielles als vielmehr ein strukturell-institutionelles Problem vor. So wird die Forschungstätigkeit in Deutschland in wesentlichen Zukunftstechnologien durch rigide staatliche Vorgaben behindert oder zur Verlagerung ins Ausland genötigt. Offenkundig ist es ein Irrglaube, durch staatliche Vorgaben bestimmte Forschungsfelder an der Entwicklung hindern zu können. Der einzige Effekt derartiger Regulierung besteht darin, dass andere Länder die primären Nutznießer neuer Technologien sind und diese erst verspätet und zu möglicherweise überhöhten Kosten in Deutschland genutzt werden können.

10. Die binnenwirtschaftlichen Probleme und Herausforderungen werden verschärft durch den ständig stärker werdenden Konkurrenzdruck im europäischen Binnenmarkt und die sich weiter entfaltende Globalisierung. Beide außenwirtschaftlichen Einflüsse stellen aber zugleich große Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dar, denn sie ermöglichen effizientere Produktionsbedingungen und eröffnen die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung. Jedoch muss Deutschland willens sein, die zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit nötigen Anpassungen in ähnlicher Form zu leisten, wie z. B. Großbritannien, Finnland und

Irland dies erfolgreich getan haben. Eine Wirtschafts- und Sozialunion mit Frankreich wäre wohl eher die Ehe des Lahmen mit dem Gebrechlichen. Statt dessen brauchen wir Flexibilität, Innovationsbereitschaft, unternehmerische Initiative und Mut zur Veränderung.

11. Die öffentliche Diskussion zum Thema Globalisierung in Deutschland wird leider häufig in einseitiger Art und Weise geführt. Während im Rahmen des Strukturwandels notwendigerweise auftretende Arbeitsplatzverluste in den Medien sehr stark thematisiert werden, fehlen klare Aussagen zu den positiven Auswirkungen der Globalisierung. Die vertiefte internationale Arbeitsteilung ist – nur vergleichbar mit dem technischen Fortschritt - der zentrale Motor zur Steigerung unseres Lebensstandards. Neben einem höheren Konsumniveau durch billigere Produkte trägt auch eine deutlich größere Produktvielfalt maßgeblich zur Steigerung unseres Lebensstandards bei. Eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe besteht darin, diese positiven Effekte der internationalen Arbeitsteilung zu vermitteln und durch einen schnelleren Strukturwandel dafür zu sorgen, dass Wachstum und Wohlfahrtsgewinne in möglichst großem Umfang realisiert werden können.

Hamburger Appell

Die Unterzeichner

Prof. Dr. Frank Achtenhagen, Universität Göttingen
Prof. Dr. Michael Ahlheim, Universität Hohenheim
Prof. Dr. Max Albert, Universität des Saarlandes
Prof. Dr. Erwin Amann, Universität Essen
Prof. Dr. Peter Anker, Universität Duisburg
Prof. Dr. Thomas Apolte, Universität Münster
Prof. Dr. Gerhard Arminger, Universität Wuppertal
Prof. Dr. Lutz Arnold, Universität Regensburg
Prof. Dr. Jürgen G. Backhaus, Universität Erfurt
Prof. Dr. Peter Bareis, Universität Hohenheim
Prof. Dr. Tamàs Bauer, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Dieter Bender, Universität Bochum
Prof. Dr. Siegfried Berninghaus, Universität Karlsruhe
Prof. Dr. Norbert Berthold, Universität Würzburg
Prof. Dr. Helmut Bester, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Michael Binder, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Charles Blankart, Humboldt-Universität Berlin
Prof. Dr. Matthias Blonski, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Ulrich Blum, Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
Prof. Dr. Stephan Brandmüller, HfB, Business School of Finance & Management, Frankfurt
Prof. Dr. Friedrich Breyer, Universität Konstanz
Prof. Dr. Johannes Bröcker, Universität Kiel
Prof. Dr. Udo Broll, Technische Universität Dresden
Prof. Dr. Dieter Brümmerhoff, Universität Rostock

Prof. Dr. Walter Buhr, Universität Siegen
Prof. Dr. Michael Burda, Humboldt-Universität Berlin
Prof. Dr. Hans-Peter Burghof, Universität Hohenheim
Prof. Dr. Thiess Büttner, Universität München und ifo
Prof. Dr. Rolf Caesar, Universität Hohenheim
Prof. Dr. Dieter Cassel, Universität Duisburg
PD Dr. Thomas Christiaans, Universität Siegen
Prof. Dr. Volker Clausen, Universität Essen
Prof. Dr. Klaus Conrad, Universität Mannheim
Prof. Dr. Herbert Dawid, Universität Bielefeld
Prof. Dr. Dietrich Dickertmann, Universität Trier
Prof. Dr. Alexander Dilger, Universität Münster
Prof. Dr. Gustav Dieckheuer, Universität Münster
Prof. Dr. Kurt Dopfer, Universität St. Gallen
Prof. Dr. Hans-Fr. Eckey, Universität Kassel
PD Dr. Wolfgang Eggert, Universität Paderborn
PD Dr. Jürgen Ehlgen, Universität Siegen
Prof. Dr. Jürgen Eichberger, Universität Heidelberg
Prof. Dr. Wolfgang Eichhorn, Universität Karlsruhe
Prof. Dr. Thomas Eichner, Universität Siegen
Prof. Dr. Norbert Eickhof, Universität Potsdam
Prof. Dr. El Shagi El Shagi, Universität Trier
PD Dr. Walter Elberfeld, Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr. Oliver Fabel, Universität Konstanz
Prof. Dr. Ulrich Fehl, Universität Marburg
Prof. Dr. Hans Fehr, Universität Würzburg
Prof. Dr. Lars P. Feld, Universität Marburg
Prof. Dr. Stefan Felder, Universität Magdeburg
Prof. Dr. Bernhard Felderer, Institut für Höhere Studien, Wien
Prof. Dr. Hans-Dieter Feser, Technische Universität Kaiserslautern
Prof. Dr. Gebhard Flaig, ifo, München
Prof. Dr. Cay Folkers, Universität Bochum
Prof. Dr. Hans-Hermann Francke, Universität Freiburg
Prof. Dr. Siegfried F. Franke, Universität Stuttgart
Prof. Dr. Jan Franke-Viebach, Universität Siegen
Prof. Dr. Johannes Frerich, Universität Bonn
Prof. Dr. Susanne Fuchs-Seliger, Universität Karlsruhe
Prof. Dr. Clemens Fuest, Universität Köln
Prof. Dr. Michael Funke, Universität Hamburg
Prof. Dr. Günter Gabisch, Universität Göttingen
PD Dr. Michael Gail, Universität Siegen
Prof. Dr. Michael Gaitanides, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
Prof. Dr. Thomas Gehrig, Universität Freiburg
PD Dr. Matthias Göcke, Universität Münster
Prof. Dr. Egon Görgens, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Burkhard Heer, Universität Bozen
Prof. Dr. Siegfried Heiler, Universität Konstanz
J.-Prof. Dr. Wolf-Heimo Grieben, Universität Konstanz
Prof. Dr. Thomas Gries, Universität Paderborn
J.-Prof. Dr. Michael Grimm, Universität Göttingen

Prof. Dr. Werner Grosskopf, Universität Hohenheim
Prof. Dr. Walter Habenicht, Universität Hohenheim
Prof. Dr. Johannes Hackmann, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
Prof. Dr. Wolfgang Harbrecht, Universität Erlangen
Prof. Dr. Philipp Harms, RWTH Aachen
Prof. Dr. Karl-Hans Hartwig, Universität Münster
Prof. Dr. Justus Haucap, Universität Bochum
Prof. Dr. Andreas Haufler, Universität München
Prof. Dr. Heiner Hautau, Universität Hamburg
Prof. Dr. Carsten Hefeker, Universität Siegen
Prof. Dr. Martin Heilmann, Universität Rostock
Prof. Dr. Maik Heinemann, Universität Lüneburg
Prof. Dr. Christof Helberger, Technische Universität Berlin
Prof. Dr. Hans-Rimbert Hemmer, Universität Gießen
Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke, Technische Universität Berlin
Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath, Universität Witten/Herdecke
Prof. Dr. Bernhard Herz, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Werner Hildenbrand, Universität Bonn
Prof. Dr. Mathias Hoffmann, Universität Dortmund
J.-Prof. Dr. Oliver Holtemöller, RWTH Aachen
Prof. Dr. Stefan Homburg, Universität Hannover
Prof. Dr. Olaf Hübner, Universität Hannover
Prof. Dr. Manfred Hübner, Universität Oldenburg
Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Prof. Dr. Michael Hutter, Universität Witten/Herdecke
Prof. Dr. Klaus Jaeger, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Eckhard Janeba, Universität Mannheim
Prof. Dr. Jürgen Jerger, Universität Regensburg
PD Dr. Robert Jung, Universität Tübingen
Prof. Dr. Leo Kaas, Universität Konstanz
Prof. Dr. Hermann Kallfass, Technische Universität Ilmenau
Prof. Dr. Hans Kaminski, Universität Oldenburg
Prof. Dr. Peter Kappelhoff, Universität Wuppertal
Prof. Dr. Helmut Karl, Universität Bochum
PD Dr. Bernd Kempa, Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr. Wolfgang Kerber, Universität Marburg
PD Dr. Roland Kirstein, Universität des Saarlandes
Prof. Dr. Rainer Klump, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Eckhard Knappe, Universität Trier
Prof. Dr. Günter Knieps, Universität Freiburg
Prof. Dr. Manfred Königstein, Universität Erfurt
Prof. Dr. Kai Konrad, Wissenschaftszentrum Berlin
Prof. Dr. Evelyn Korn, Universität Marburg
Prof. Dr. Jan Kowalski, Universität Karlsruhe
Prof. Dr. Kornelius Kraft, Universität Dortmund
Prof. Dr. Gerd-Jan Krol, Universität Münster
Prof. Dr. Walter Krug, Universität Trier
Prof. Dr. Dirk Krüger, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Jörn Kruse, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
Prof. Dr. Ulrich Küsters, Universität Eichstätt-Ingolstadt

Prof. Dr. Werner Lachmann, Universität Nürnberg
Prof. Dr. H. Lechner, Technische Universität Berlin
Prof. Dr. Gabriel S. Lee, Universität Regensburg
Prof. Dr. Marco Lehmann-Waffenschmidt, Technische Universität Dresden
Prof. Dr. Helmut Leipold, Universität Marburg
Prof. Dr. Martin Leschke, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Manfred Lösch, Universität Bochum
Prof. Dr. Bernd Lucke, Universität Hamburg
Prof. Dr. Enno Mammen, Universität Mannheim
Prof. Dr. Chrysostomos Mantzavinos, Universität Witten/Herdecke
Prof. Dr. Alfred Maussner, Universität Augsburg
Prof. Dr. Jürgen Meckl, Universität Gießen
Prof. Dr. Bernd Meyer, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Dirk Meyer, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
Prof. Dr. Jochen Michaelis, Universität Kassel
Prof. Dr. Herbert A. Müller, Universität Gießen
PD Dr. Alfred Müller, Universität Karlsruhe
J.-Prof. Dr. Stefan Napel, Universität Hamburg
Prof. Dr. Dieter Nautz, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Manfred Neldner, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Doris Neuberger, Universität Rostock
Prof. Dr. Bernhard Neumärker, Universität Freiburg
Prof. Dr. Hans-Peter Nissen, Universität Paderborn
Prof. Dr. Peter Oberender, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Walter Oberhofer, Universität Regensburg
Prof. Dr. Carsten Ochsen, Universität Rostock
Prof. Dr. Renate Ohr, Universität Göttingen
Prof. Dr. Hans-Georg Petersen, Universität Potsdam
Prof. Dr. Rüdiger Pethig, Universität Siegen
Prof. Dr. Wilhelm Pfähler, Universität Hamburg
Prof. Dr. Johann-Christian Pielow, Universität Bochum
Prof. Dr. Christian Pierdzioch, Universität des Saarlandes
Prof. Dr. Ingo Pies, Universität Halle
PD Dr. Hans Pitlik, Universität Hohenheim
Prof. Dr. Heinz Gert Preusse, Universität Tübingen
Prof. Dr. Birger Priddat, Zeppelin University, Friedrichshafen
Prof. Dr. Sven Rady, Universität München
Prof. Dr. Horst Raff, Universität Kiel
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Universität Freiburg
Prof. Dr. Bernd Rahmann, Universität Paderborn
Prof. Dr. Hans Ramser, Universität Konstanz
Prof. Dr. Ray Rees, Universität München
Prof. Dr. Heinz Rehkugler, Universität Freiburg
Prof. Dr. Winfried Reiß, Universität Paderborn
Prof. Dr. Franco Reither, Helmut-Schmidt Universität, Hamburg
Prof. Dr. Rudolf Richter, Universität des Saarlandes
Prof. Dr. Wolfram Richter, Universität Dortmund
Prof. Dr. Horst Rinne, Universität Gießen
Prof. Dr. Regina Riphahn, Universität Erlangen-Nürnberg
Prof. Dr. Albrecht Ritschl, Humboldt-Universität Berlin

Prof. Dr. Bettina Rockenbach, Universität Erfurt
Prof. Dr. Tobias Rötheli, Universität Erfurt
Prof. Dr. Gerd Ronning, Universität Tübingen
Prof. Dr. Gerhard Rübel, Universität Göttingen
Prof. Dr. Klaus Salhofer, Technische Universität München
Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer, Universität Mainz
Prof. Dr. Wolf Schäfer, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
Prof. Dr. Christian Scheer, Universität Hamburg
Prof. Dr. Josef Schira, Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr. Michael Schmid, Universität Bamberg
Prof. Dr. Erich Schmidt, Universität Hannover
Prof. Dr. Klaus Schmidt, Universität München
Prof. Dr. Dieter Schmidtchen, Universität des Saarlandes
Prof. Dr. Reinhold Schnabel, Universität Essen
Prof. Dr. Friedrich Schneider, Universität Linz
Prof. Dr. Kerstin Schneider, Universität Wuppertal
Prof. Dr. Monika Schnitzer, Universität München
Prof. Dr. Franz Schober, Universität Freiburg
Prof. Dr. Eberhard Scholing, Universität Hamburg
Prof. Dr. Bruno Schönfelder, TU Bergakademie Freiberg
Prof. Dr. Alfred Schueller, Universität Marburg
Prof. Dr. Werner F. Schulz, Universität Hohenheim
Prof. Dr. Norbert Schulz, Universität Würzburg
Prof. Dr. Peter M. Schulze, Universität Mainz
Prof. Dr. Robert Schwager, Universität Göttingen
Prof. Dr. Johannes Schwarze, Universität Bamberg
Prof. Dr. Bernd Schauenberg, Universität Freiburg
Prof. Dr. Paul G. Schmidt, HfB Business School of Finance & Management, Frankfurt
Prof. Dr. Urs Schweizer, Universität Bonn
Prof. Dr. Gerhard Schwödiauer, Universität Magdeburg
Prof. Dr. Christian Seidl, Universität Kiel
Prof. Dr. Philipp Sibbertsen, Universität Hannover
Prof. Dr. Gernot Sieg, Technische Universität Braunschweig
Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, cesifo und Universität München
Prof. Dr. Dieter Sondermann, Universität Bonn
Prof. Dr. Paul Bernd Spahn, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Manfred Stadler, Universität Tübingen
Prof. Dr. Joachim Starbatty, Universität Tübingen
Prof. Dr. Gunter Steinmann, Universität Halle-Wittenberg
Prof. Dr. Cornelia Storz, Universität Marburg
Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Universität Hamburg und HWWI
Prof. Dr. Hans-Gerhard Strohe, Universität Potsdam
Prof. Dr. Jan-Egbert Sturm, Universität Konstanz
Prof. Dr. Theresia Theurl, Universität Münster
Prof. Dr. H. Jörg Thieme, Universität Düsseldorf
Prof. Dr. Heimer Thomas, HfB Business School of Finance & Management, Frankfurt
Prof. Dr. Marcel Thum, Technische Universität Dresden
Prof. Dr. Georg Tillmann, Universität Mainz
Prof. Dr. Vincenz Timmermann, Universität Hamburg
Prof. Dr. Thusnelda Tivig, Universität Rostock

Prof. Dr. Mark Trede, Universität Münster
Prof. Dr. Dieter K. Tscheulin, Universität Freiburg
Prof. Dr. Richard Tol, Universität Hamburg
Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Universität Münster
Prof. Dr. Götz Uebe, Helmut-Schmidt- Universität, Hamburg
Prof. Dr. Viktor Vanberg, Universität Freiburg
Prof. Dr. Roland Vaubel, Universität Mannheim
Prof. Dr. Stefan Voigt, Universität Kassel
Prof. Dr. Uwe Vollmer, Universität Leipzig
Prof. Dr. Peter Michael von der Lippe, Universität Essen
Prof. Dr. Elu von Thadden, Universität Mannheim
Prof. Dr. Robert von Weizsäcker, Technische Universität München
Prof. Dr. Christian von Weizsäcker, Universität zu Köln
Prof. Dr. Hans-Jürgen Wagener, Europa-Universität Frankfurt/Oder
Prof. Dr. Uwe Walz, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Gerhard Wegner, Universität Erfurt
Prof. Dr. Alfons Weichenrieder, Universität Frankfurt
Prof. Dr. Frank Westermann, Universität München
Prof. Dr. Bengt-Arne Wickström, Humboldt-Universität Berlin
Prof. Dr. Susanne Wied-Nebbeling, Universität Köln
Prof. Dr. Bernd Wilfling, Universität Münster
Prof. Dr. Rupert Windisch, Universität Jena
Prof. Dr. Joachim Winter, Universität München
Prof. Dr. Bernd Woeckener, Universität Stuttgart
Prof. Dr. Hans-Werner Wohltmann, Universität Kiel
J.-Prof. Dr. Nikolaus Wolf, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jürgen Wolters, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Klaus W. Zimmermann, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg
Prof. Dr. Klaus Zoller, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Letzte Aktualisierung: 07.07.2005



Übersetzung

Haben sie es geschafft, diesen hochtrabend klingenden "Hamburger Appell" zu lesen oder gar zu verstehen? Nein? Machen Sie sich nichts draus! Ich werde Ihnen die wichtigsten Stellen in verständliches Deutsch übersetzen:

1. Binnenwirtschaft ist wichtig. Deren Verbesserung könne nicht vom Staat gesteuert werden.
Es fragt sich: Warum appellieren die Professoren denn dann an die Politiker mit ihren nachfolgenden Forderungen?! Vielleicht geht es ihnen auch gar nicht um eine gute Binnenwirtschaft.
2. Die Binnennachfrage, also die Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen, hänge ab von der Qualität, "Innovativität" und dem Preis der Waren und Dienstleistungen.
Mit anderen Worten: Die Professoren glauben, das Sozialprodukt werde steigen, wenn man die Preise der Güter senkt. Jeder Betriebswirt weiß dagegen, dass eine Preissenkung nicht notwendig zu höherem Güterabsatz führt; im Zweifel verringern sich durch die Preissenkung die Einnahmen des Unternehmens. Die Professoren haben wohl auch völlig vergessen, dass das Sozialprodukt sich insbesondere aus den Umsätzen der Unternehmen errechnet. Es wird in Folge von Preissenkung im Zweifel zu keiner messbaren Erhöhung des Sozialproduktes kommen, wenn die Umsätze der Unternehmen sinken. Aber das mit der Preissenkung ist ja auch nur Vorgeplänkel. Das Wichtigste kommt ja erst!
3. Um den Preis von Waren und Dienstleistungen zu verringern, sei es erforderlich, die Löhne zu senken. Gering qualifizierte Arbeitslose müssten sich in Zukunft mit noch niedrigerer Entlohnung zufrieden geben.
Mit anderen Worten: Die Preissenkung der Güter sollen nicht die Unternehmer tragen, sondern die Arbeitnehmer.
4. Der Staat solle Arbeitslosengeld und Sozialhilfe abbauen, und dafür sorgen, dass die Arbeitslosen in (privaten) Unternehmen für weniger Geld arbeiten gehen, wobei dann der Staat noch einen Teil des Arbeitslohns zahlen soll.
Mit anderen Worten: "Mehr Geld für die Unternehmer!"
5. Den Unternehmen sollen "Investitionen" in Maschinen und andere Anlagegüter durch bessere Gewinnchancen schmackhafter gemacht werden, insbesondere durch geringere Löhne und geringere Steuern.
Mit anderen Worten: Die Unternehmer sollen sich auf Kosten der Arbeitnehmer und des Staates wirtschaftlich verbessern können.
6. Die zunehmende Staatsverschuldung hemme die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, weshalb die Staatsschulden begrenzt und reduziert werden müssten.
Mit anderen Worten: Staatsverschuldung ist gut, solange sie nicht auf die Unternehmer zurück fällt.
7. Die Staatsschulden sollen begrenzt und reduziert werden durch den Abbau in den sozialen Sicherungssystemen.
Mit anderen Worten: Wenn der Staat an die wohlhabenden und reichen Darlehensgeber Zinsen zahlt oder wenn er Aufträge an Unternehmer vergibt, sei das in Ordnung; wenn er den kleinen und wirtschaftlich schwachen Leuten Hilfe leistet, sei das nicht in Ordnung.
8. Die Bildung und Ausbildung der deutschen Arbeitnehmer sei unbedingt zu verbessern, aber nicht durch mehr Geld für das Bildungswesen, sondern durch "Ansporn zu Fleiß, Wissbegier und strenger Leistungsorientierung".
Mit anderen Worten: Je besser die Arbeitnehmer arbeiten, desto besser für den Unternehmer. Aber das darf den – auch über Steuern – nicht mehr Geld kosten. Psychischer Druck auf die arbeitende Bevölkerung sei billiger und ebenfalls effektiv.

9. Forschung und Entwicklung müssten vom Staat in allen erdenklichen Richtungen erlaubt sein, um nicht ins Hintertreffen zu anderen Ländern zu geraten.
Mit anderen Worten: Wir Professoren wollen uns keine Grenzen setzen lassen!
10. Die Globalisierung eröffne für die Unternehmer erfreulicherweise mehr Möglichkeiten des unternehmerischen Handelns und zwingt die Arbeitnehmerschaft zu mehr Flexibilität, Einsatz und Bescheidenheit in Fragen der Entlohnung.
Mit anderen Worten: Von der Globalisierung kann man profitieren – wenn man deutscher Unternehmer ist!
11. Der Staat habe für all dies sowie für die Akzeptanz bei der Bevölkerung möglichst schnell zu sorgen.
Mit anderen Worten: Staat! Mache deine Arbeit und bändige das ungläubige Volk! Schnell!

Abschließende Bemerkungen

Die hohen Professoren, die den Hamburger Appell verfasst und die sich damit solidarisch erklärt haben, zeigen, dass sie nicht eine "Volkswirtschaft" heilen wollen, sondern nur die Situation der Unternehmer. Die volkswirtschaftlich völlig unsinnige Konfrontation von Arbeitnehmern und Unternehmern (ich verweise auf [Die Gewerkschaften haben Recht - Und die Arbeitgeber haben auch Recht](#)) wird hier auf verklausulierte Weise auf die Spitze getrieben. Es mag sein, dass die Professoren das Wesen unserer Geldwirtschaft (ich verweise auf [Wenn das Geld fließt, wie der Nil in der Wüste, Geld, Kaufkraft und die Einkommensverteilung, Die Einkommensentwicklung steht Kopf, Einsamer Reichtum basiert auf der Verarmung der Bevölkerung](#)) begriffen haben. Sie ziehen daraus aber öffentlich keine Schlüsse und schützen damit die Reichen (die oberen Zehntausend) in Deutschland und in der Welt.

Ein Gutes hat aber der Hamburger Appell: Er liefert uns kostenlos eine Liste der Professoren, die wir nicht mehr ernst nehmen können.

Karlsruher Appell

Nehmen Sie den ersten Satz des Hamburger Appell und nur den sehr ernst!:

Die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland wird verstärkt von Vorstellungen geprägt, die einen erschreckenden Mangel an ökonomischem Sachverstand erkennen lassen.

Dr. Harald Wozniowski, Karlsruhe

----- Original Message -----

From: Helmut.Creutz@iit-Online.de

To: [Harald Wozniewski](mailto:Harald.Wozniewski) ; feudalismus@yahoogroups.de

Sent: Friday, July 15, 2005 5:55 PM

Subject: Re: Der Hamburger Appell und der Karlsruher Appell

Lieber Harald Wozniewski, lieber Mitleser!

Da unterschreiben an die 200 Ökonomen einen "Hamburger Appell" zu den Wirtschaftsproblemen unserer Tage und bringen es dabei fertig, an den eigentlichen Ursachen unserer Misere vorbei zu schreiben und z.B. mit keinem Wort darauf einzugehen,

- dass die Geldvermögen und Schulden seit 1950 fünf Mal so schnell angestiegen sind wie die Wirtschaftsleistung und größtmäßig inzwischen das Dreifache des BIP erreicht haben,
- dass die daraus resultierenden Schuldenzinsbelastungen, direkt oder indirekt, in jeden ausgegebenen Euro bereits mit mehr als 40 Cent zu Buche schlagen, in jedem Miet-Euro sogar mit 60 bis 80 Cent,
- dass alleine die Zinserträge der Banken schon bei 66 Prozent der Nettolöhne und -gehälter liegen bzw. bei 80 Prozent aller Steuereinnahmen oder 140 Prozent des Bundeshaushalts,
- dass die von allen Bürgern gezahlten Zinsen bei der Rückverteilung aus dem Umverteilungstopf zu 50 bis 80 Prozent beim reichsten Zehntel der Haushalte landen, während sich die ärmste Hälfte der Bevölkerung mit vier Prozent zufrieden geben muss,
- dass der Staat in den letzten 30 Jahren insgesamt 1.300 Milliarden Euro Schulden aufgenommen und in der gleichen Zeit ziemlich genau die gleiche Summe Zinsen gezahlt hat, das heißt, dass diese ganzen Schuldenaufnahmen nur den Geldgebern genutzt haben, die in der gleichen Zeit, ohne irgendeine Leistung, um die gleichen 1.300 Milliarden Euro reicher geworden sind.

Und diese Herren Professoren, die es schaffen diese ständig wachsenden sozialen Sprengsätze zu verschweigen oder zu verdrängen, haben auch noch den Mut sich zu beklagen, dass "die wirtschaftliche Debatte in Deutschland von Vorstellungen geprägt" sei, "die einen erschreckenden Mangel an ökonomischen Sachverstand erkennen lassen"!

Mit besten Grüßen

Helmut Creutz

Buchveröffentlichungen:

Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, 2001
ISBN 3-928493-46-9, 630 Seiten, ca 100 Grafiken, Euro 16,80

Die 29 Irrtümer rund ums Geld, 2004

ISBN 3-85436-362-1, 300 Seiten, 56 Grafiken, Euro 22,90

(Bezug über Buchhandel oder www.inwo.de)

Lob und Tadel für die Unterzeichner des Hamburger Appells

von Tristan Abromeit

Wir können davon ausgehen, wenn sich Menschen – sei es eine Bürgerinitiative, eine Gruppe von Fachleute oder Einzelbürger wie ich z. B. – sich mit einem Appell an die Öffentlichkeit wenden, daß sie nur in Ausnahmefällen versuchen, die Öffentlichkeit mit Lügen und Verdrehungen aufgrund versteckter Ziele zu manipulieren. Der Regelfall wird sein, daß auf Bedrohungen oder Chancen – tatsächliche oder vermeintliche - aufmerksam gemacht werden soll. Diese gute Absicht unterstelle ich auch den Verfassern und Unterzeichnern des Hamburger Appells. Dabei ist es wohl schwerer, nur Unterzeichner zu sein, als Verfasser der Erklärung. Dies liegt daran, daß ein Text, den man mit seiner Unterschrift unterstützen soll, selten genau dem eigenen Erkenntnisstand oder der eigenen Haltung entspricht. Bei der Vielzahl der Unterzeichner, die dieser Appell gefunden hat, vermute ich bis zum Gegenbeweis kein Konformitätsdruck und keine Seilschaft von Ökonomielehrern, sondern ein sich aufgestauter Leidensdruck und eine zunehmende Sorge um das Gemeinwohl unserer Gesellschaft.

Berücksichtigt man die Vielzahl der Unterzeichner und die Tatsache, daß ich den Appell nur deshalb zur Kenntnis bekommen habe, weil er mir über eine E-Mail-Liste zugesandt worden ist, und ich nichts darüber aus den Medien erfahren habe, dann ist das wohl ein Zeichen für einen enormen Ansehensverlust der Professoren im Allgemeinen oder jener der Wirtschaftswissenschaften im Besonderen. Mir sind gleich zwei andere Manifeste (Appelle) von Professoren eingefallen. Schauen wir uns sie anhand von Wikipedia, der freien Enzyklopädie, an:

„Die **Göttinger Sieben** waren eine Gruppe [Göttinger](#) Professoren, die [1837](#) gegen die Aufhebung der Verfassung im Königreich [Hannover](#) protestierten und deshalb entlassen und teilweise des Landes verwiesen wurden.

Die Namen dieser sieben Professoren der [Georg-August-Universität](#) waren:

- [Wilhelm Eduard Albrecht](#), [Staatsrechtler](#)
- [Friedrich Christoph Dahlmann](#), [Historiker](#)
 - [Heinrich Ewald](#), [Orientalist](#)
 - [Jacob Grimm](#), [Germanist](#)
 - [Wilhelm Grimm](#), [Germanist](#)
- [Georg Gottfried Gervinus](#), [Literaturhistoriker](#)
 - [Wilhelm Eduard Weber](#), [Physiker](#).

Geschichte

[1833](#) war im Königreich [Hannover](#) ein Staatsgrundgesetz erlassen worden. 1837 kam, bedingt durch unterschiedliche Erbfolgen in [England](#) und [Hannover](#), die Personalunion Hannovers mit England zum Erliegen: In England kam Königin [Victoria](#) auf den Thron ([1840-1901](#)), in Hannover König [Ernst August I.](#) ([1837-1851](#)). Er hob das Staatsgrundgesetz im Interesse seiner Machtvollkommenheit wieder auf. Dagegen protestierten die Göttinger Sieben.

Am [12. Dezember 1837](#) entließ Ernst August I. die Professoren und verwies sogar drei von ihnen - Dahlmann, J. Grimm und Gervinus - des Landes.

Die Protestaktion, der Protestbrief, fand in ganz Deutschland Verbreitung und förderte eine liberale Gesinnung. In der [Frankfurter Nationalversammlung 1848](#) hatte Jacob Grimm einen Ehrenplatz inne, Albrecht, Dahlmann und Gervinus waren Mitverfasser der gesetzgebenden Initiativen. Der Ruf der Göttinger Universität litt noch lange Zeit an der Entlassung dieser hervorragenden Lehrer.

In unmittelbarer Nähe zum niedersächsischen Landtag am [Leineschloss](#) in [Hannover](#) wurde den Göttinger Sieben ein großes Bronzedenkmal gesetzt, das dem italienischen Künstler [Floriano Bodini](#) entstammt. In [Göttingen](#) trägt der zentrale [Campus](#) der Universität den Namen *Platz der Göttinger Sieben.*“

Auch in der neueren Geschichte gab es Professoren, die auf einen Mißstand aufmerksam machten:

„Die **Göttinger Achtzehn** waren eine Gruppe von 18 Atomforschern aus der [Bundesrepublik Deutschland](#), die sich am [12. April 1957](#) in der gemeinsamen *Göttinger Erklärung* (auch *Göttinger Manifest*) gegen die damals namentlich von [Bundeskanzler Konrad Adenauer](#) und [Verteidigungsminister Franz Josef Strauß](#) angestrebte Aufrüstung der [Bundeswehr](#) mit [Atomwaffen](#) wandten.

Die Gruppe bestand aus [Fritz Bopp](#), [Max Born](#), [Rudolf Fleischmann](#), [Walther Gerlach](#), [Otto Hahn](#), [Otto Haxel](#), [Werner Heisenberg](#), [Hans Kopfermann](#), [Max von Laue](#), [Heinz Maier-Leibnitz](#), [Josef Mattauch](#), [Friedrich Adolf Paneth](#), [Wolfgang Paul](#), [Wolfgang Riezler](#), [Fritz Straßmann](#), [Wilhelm Walcher](#), [Carl Friedrich von Weizsäcker](#) und [Karl Wirtz](#). Es handelte sich um führende Wissenschaftler der Atomforschung im damaligen Westdeutschland und Mitglieder von staatlichen Organisationen, die mit der Nutzung der Kerntechnologie beschäftigt waren.

Der Name *Göttinger Achtzehn* beruft sich auf die gemeinsame Karrieresprosse vieler ihrer Mitglieder, der Universitätsstadt Göttingen und ist eine Anspielung auf die [Göttinger Sieben](#).

Text des Göttinger Manifests

Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichnenden Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist eine Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichnenden fühlen sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.

1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als "taktisch" bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als "klein" bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten "strategischen" Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

2. Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich schon heute ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt.

Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle des Versagens für tödlich. Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichnenden bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Paul, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Karl Wirtz „

Die Sanktionen gegenüber den Göttinger Sieben waren erheblich. Zur Zeit der Göttinger Achtzehn war die Erklärung der Unterzeichner immer noch risikoreich. Ich erinnere an die Auszüge von der Biographie von Horst Bethmann im Anhang 1. Sein Doktorvater bekam kalte Füße, weil sein Doktorand Anti-Kriegs-Texte verfaßte und förderte. Was kostet heute eine Unterschrift eines Professors unter einem Manifest – wenn er nicht gerade an der Ideologie der Alleinschuld der Deutschen kratzt? Wer beachtet noch was die Ökonomen sagen, nachdem sie sich schon als staatlich bestellte Gutachter für mehr als unzulängliche Ergüsse hoch bezahlen ließen? Vielleicht haben sich die Initiatoren des Hamburger Appells gedacht, daß eine große Zahl von Unterzeichnern den Mangel an öffentlicher Reputation ausgleichen kann. Der Gedanke ist in einer Zeit – wo es darauf ankommt eine große Zahl von Betroffenen oder Interessierten zu repräsentieren - ja gar nicht so verkehrt. Nur der Inhalt des Appells hätte entsprechend sein müssen. Der Text, der neben ökonomischen Allgemeinplätzen ja eigentlich nur sagt, daß beim Einkommen der Arbeitsertrag weiter zu Gunsten des Kapitalertrages sinken muß, macht auf mich den Eindruck eines Glaubensbekenntnisses von ökonomischen Priestern und nicht von Wissenschaftlern. Wenn man mich persönlich in die Hierarchie des Wissenschaftsapparates einordnen würde, dann stünde mir so ein Urteil ja gar nicht zu, weil ich nur ein angehauchter Volkswirt bin. Ich habe nicht einmal die Hochschule für Wirtschaft und Politik mit einem glänzenden Examen abgeschlossen. Aber ich wußte 1966, als Karl Schiller (1911 – 1994) 1964 Superminister wurde, bereits, daß die von ihm vertretene Ökonomie scheitern würde. Diese Einsicht hatte ich nicht, weil ich besonders klug war, sondern, weil andere ökonomische Informationen – die ich sozusagen auf der Straße aufgelesen hatte - auf mich eingewirkt hatten.

Die Gefahr, die von den physikalischen Atombomben ausgeht, ist immer noch nicht aus der Welt. Aber die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß sie erst zum Einsatz kommen werden, wenn die soziale Atombombe – bestehend aus Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Vermögensverwerfungen, aus Hunger und unnatürlichem frühen Tod - hochgegangen ist.

Ökonomische Appelle haben also ihren Sinn. Gerade wenn sie an die PolitikerInnen oder das Wahlvolk gerichtet sind, dürfen sie aber keine reinen Glaubensbekenntnisse oder Propaganda für eine Ökonomieschule sein. Ja, sie dürfen nicht einmal Ausdruck der herrschenden Lehrmeinung sein, sie müßten eher die Verzweiflung und das Suchen der Sozialwissenschaftler ausdrücken, um die Adressaten zum Mitsuchen zu animieren. Ich sage hier bewußt Sozialwissenschaftler und nicht Wirtschaftswissenschaftler (oder noch mehr einengender „Volks-

wirte“) und nehme noch lieber den von Maihofer übernommenen Begriff der Handlungswissenschaften in Anspruch. Ich halte die Wirtschaftswissenschaften für Insassen eines gedanklichen Gefängnisses mit verschiedenen Abteilungen.

Reinhard Hanstein schreibt in seinem Artikel „Nationalökonomie – eine Frage der Mode? / Irrungen und Wirrungen einer noch sehr jungen Wissenschaft“¹ :

„Die 250 Jahre junge Wissenschaft befindet sich in einer frühen, experimentierfreudigen Phase. Die Experimente dauern jedes Mal Jahrzehnte und der Versuchsaufbau ist jeweils gigantisch. Die vage Hoffnung ist, dass – ebenso wie bei den inzwischen mehrere Jahrtausende alten Naturwissenschaften – Gesetzmäßigkeiten erkannt und als 'gültig' akzeptiert werden. Auf diese Weise könnte die Diskussion um Wirtschaftsordnung und Gesellschaftssystem im Idealfall versachlicht werden.“

Diese Aussage bringt nach meiner Ansicht nicht das wesentliche Problem der Wirtschaftswissenschaft zum Ausdruck. Es kann ja auch nicht angehen, daß die Gesellschaft eine Wissenschaft über die Jahrhunderte finanziert, die Tote statt Lösungen produziert. Was mir erforderlich erscheint, ist, auch in diesem gesellschaftlichen Bereich über die Verfassung nachzudenken. Es kann doch nicht sein, daß in der Wirtschaftswissenschaft gelehrt wird, ohne daß die Ergebnisse der Lehre aufgrund des Beamtenstatus eine Rückwirkung auf die Lehrenden haben. Wie heißt es so schön unter der Ziffer 8 im Hamburger Appell:

„Bildung und Ausbildung der Deutschen sind wichtige Standortfaktoren, die zunehmend in die Kritik geraten. In der Tat sind ernstzunehmende Defizite unübersehbar und münden schnell in den Ruf nach verbesserter Mittelausstattung im Bildungswesen. Dabei wird oft übersehen, dass große Fortschritte allein durch vermehrten Ansporn zu Fleiß, Wissbegier und strenger Leistungsorientierung erzielt werden könnten.“...

Es wird Zeit, daß wir diese Erkenntnis, die uns der Hamburger Appell vermittelt, auf die Wirtschaftswissenschaftler selbst anwenden. Versetzen wir sie schnell in eine Situation, die sie zwingt bessere und praktikable Lösungen vorzulegen oder sich in die Hartz IV-Schlange einzureihen. Das klingt vielleicht böse, ist aber nicht so gemeint. Es ist nur so modellhaft von mir gedacht, wie allgemein modellhaft in der Wirtschaftswissenschaft gedacht wird.

1 Humanwirtschaft, Heft Juli/August 2005 www.humanwirtschaft.org

Unter den Unterzeichnern des Hamburger Modells mag es welche geben, die man auf den Mond (im alten Sinn) schießen möchte. Ich gehe aber davon aus, daß wir es hier aber zu 99% mit liebenswürdigen, verantwortungsvollen und klugen Menschen zu tun haben. Erlösen wir sie aus ihrem Gefängnis und feiern anschließend ein großes Volksfest mit ihnen, damit sie uns hinterher zu neuen Ufern führen können. Beim „Fest“ dachte ich auch an Tanzen und Flirten. Dann fiel mir aber wieder ein, daß ich beim Überfliegen der Unterzeichnerliste nur Bettina, Kerstin, Monika und Susanne als Vornamen entdeckt habe. Der erste Gedanke war: Es gibt nichts zu tanzen. Der zweite Gedanke: Vielleicht ist ja das Elend der Ökonomie durch die Männerdominanz in der Lehre und Forschung verursacht? Der dritte Gedanke war: Zwischen körperlicher Bewegung und dem Denken besteht oft ein Zusammenhang. Wenn möglichst viele Frauen die Herren Ökonomen zum Tanz auffordern, dann werden ihre Modelle vielleicht auch weniger statisch und dafür mehr dynamisch. Nach einer solchen Auflockerung dürfen wir dann den Hamburger Appell II erwarten. Er schildert uns in Kurzfassung die ökonomische Situation der letzten zwei Hundert Jahrhunderte mit ihren Kriegen, Revolutionen, und Massentötungen und den kurzen *Hochzeiten der Ökonomie*. Es wird erläutert, welche ökonomischen Theorien mit welchen Ergebnissen zur Anwendung kamen. Dann wird noch jeder Winkel in den Bücherregalen und den Erinnerungskammern der Bürger - mit und ohne akademische Würde - durchsucht, ob da irgendwo noch ein „Patentrezept“ versteckt ruht. Wenn ja, wird dem Volk gesagt, welche Wahlmöglichkeiten mit welchen Risiken es hat, um die Explosion der sozialen Atombombe zu vermeiden. Dann können wir die Unterzeichner des Hamburger Appells I entschuldigt in die Zukunft entlassen. TA